

Nr. 490 | Mai 2017

3 INFO:3

Infoheft der Sozialdemokratischen Partei Zürich 3

SP

Editorial

LIEBE LESERINNEN, LIEBE LESER

Am 25. März 2017 feierte die Römischen Verträge, mit denen die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, die Vorläuferin der EU, gegründet wurde, ihr Jubiläum.

Die NZZ nahm dies zum Anlass, in ihrem Archiv zu stöbern und aus dem Artikel über das damalige Ereignis zu zitieren. Rom, Ort des Geschehens, zeigte sich damals «im festlichen Bannerschmuck», notierte der damalige Korrespondent. In Italien sei der Tag sogar schulfrei gewesen, «damit sich der italienischen Jugend dieser Tag einpräge». Soweit so gut. Einen speziellen Absatz widmete die NZZ der geplanten «Wanderfreiheit der Arbeiter». Der Vertrag, enthalte als Zielsetzung u.a. die «Wiederherstellung der Freizügigkeit der Arbeitnehmer innerhalb des Gemeinsamen Marktes». Im Jahre 1957 war von Wiederherstellung der Personenfreizügigkeit die Rede? Das musste ich zweimal lesen. Die NZZ lieferte die Erklärung jedoch gleich selber und erklärte: «Vor dem Ersten Weltkrieg hatte in Europa bereits eine relativ weitgehende Personenfreizügigkeit geherrscht.» Offenbar war man selbst nach zwei Weltkriegen 1957 der Meinung, dass offene Grenzen und die «Wanderfreiheit der Arbeiter» über Jahrhunderte eher die Regel als die Ausnahme war und es 1957 nur darum ging, diesen «natürlichen» Zustand wiederherzustellen.

Samuel Schweizer



Aktuell » **Vera Ziswiler**

NEU IM GEMEINDERAT

Vera Ziswiler sitzt seit Oktober 2016 für die SP 3 im Gemeinderat. Als Co-Geschäftsführerin einer Institution der Berufsintegration stehen soziale und Bildungsthemen bei ihrer Arbeit im Rat im Vordergrund. Vera berichtet uns über das erste halbe Jahr in ihrem Amt. **Fragen: Rebekka Plüss**

Wie lange bist du schon in der SP?

Ich komme aus einer SP-Familie und bin eigentlich recht früh der Partei beigetreten. Allerdings wollte ich nicht selber

aktiv sein, da meine Eltern beide in der Partei mitmischten. Ausserdem war das im Kanton Aargau und zwar vor der Reaktivierung der JUSO durch Cédric Werthemuth. In meinen jungen Augen war das

alles eher grau und bieder und ich trat deshalb nicht aktiv in Erscheinung.

Wie hast du zur Politik und zur SP3 gefunden?

Nach dem Studium hatte ich plötzlich viel Zeit, weil das Lernen an den Abenden und Wochenenden wegfiel. Gleichzeitig bewegte ich mich privat in einem sehr politisierten Umfeld – da entschied ich mich aktiv zu werden. An einem SP-Anlass habe ich Rebekka Wyler kennen gelernt, ab dann ging es sehr rasch: Infoheft, Vorstand. Und nun durfte ich als Gemeinderätin nachrücken.

Wie erlebst du die SP3? Wie hat sich die SP3 entwickelt?

Auf eine so lange Zeit kann ich nun auch (noch!) nicht zurückblicken. Erfreulich ist, dass der Mitgliederzuwachs anhält und die neuen Köpfe mitmachen in der Partei, während die alten Hasen unermüdlich sind. Das macht die SP 3 breit und die GenossInnen mit verschiedenstem Erfahrungsschatz können voneinander profitieren. Was mich stört: Auch in unserer grossen Sektion ist es schwierig, Frauen zu finden, die kandidieren. Da haben wir Aufholbedarf!

Du bist ja in der Geschäftsleitung der SP Schweiz. Wie unterscheidet sich das Engagement dort zur Arbeit in der Sektion?

Für mich ist die Sektion meine politische Heimat, wo ich die Leute und auch das

Quartier gut kenne. Hier ist der Gestaltungsrahmen gross: Ich kann im Vorstand Ideen einbringen und – vorausgesetzt sie sind gut – werden diese auch umgesetzt. Man hat Einfluss auf das Geschehen, wenn man sich engagiert. Die GL der SP Schweiz ist anders. Da treffe ich zwar regelmässig die «Grossen der Partei» und wir diskutieren strategische Fragen. Aber der enorme Informations-Gap zwischen Präsidium und GL sowie die teilweise sehr kurzfristige Planung beschränken die eigene Macht. Ich habe in den nunmehr viereinhalb Jahren gelernt, wo die (bescheidenen) Spielräume sind und wie ich vorgehen muss, um sie für meine Anliegen zu nutzen. Aber das Gewicht ist doch eher bescheiden. Trotzdem konnte ich für mich viel profitieren.

Wie hast du deinen Start im Gemeinderat erlebt?

Ich wurde unheimlich herzlich empfangen in der Fraktion. Zum Glück habe ich auch schon viele Leute gekannt. Dann war schon fast Budgetdebatte – ein persönliches Schwimmfest. Dafür habe ich viel erfahren über die mannigfaltigen Engagements der Stadt. Unterdessen durfte ich in einigen Kommissionen als Gast dabei sein, habe viele Mitglieder, auch aus anderen Fraktionen, persönlich kennen gelernt und Vorstossideen diskutiert und aufgeschrieben. Ausserdem glaube ich auch langsam den Ratsbetrieb in seinen Nuancen und Facetten zu verstehen.

Nur das erste Votum im Rat fehlt noch: Da haben mir die Bürgerlichen mit ihrem US-RIII-Filibuster einen grossen Strich durch die Rechnung gemacht.

In welchen Themenbereichen möchtest du dich engagieren?

Ich wurde zunächst ins gemeinderätliche «Büro» gewählt, was so in etwa der Geschäftsleitung entspricht. Inhaltlich passiert hier nicht viel, es geht um Themen wie Debattenkultur, Sitzungsplanung, etc. In der neuen Legislatur befasst sich das gemeinderätliche «Büro» allerdings mit der Gesamtrevision der Gemeindeordnung, also unserer Stadtverfassung. Für dieses grosse und hochpolitische Geschäft bleibe ich vielleicht doch, falls ich denn wieder gewählt werde. Ansonsten hat mir die Spezialkommission Sozialdepartement sehr gut gefallen – das sind ja auch meine Berufsthemen. Grundsätzlich ist mein Herz sicher mehr rot als grün. Und ganz fest pink. Dementsprechend sind meine Themen Gleichstellung, Migration, Bildung. Aber auch finanzpolitische Fragen interessieren mich.

Wagst du eine Zukunftsprognose, was deinen politischen Weg betrifft?

Ich möchte im Gemeinderat richtig Fuss fassen und eine relevante Rolle spielen. Wie diese aussehen könnte, ist noch völlig offen. Aber alle, die mich kennen, wissen, dass ich nicht gern Hinterbänkerin bin: Wo ich dabei bin, will ich auch mitmischen!

Anzeigen



edelmann energie

Energie und Nachhaltigkeit am Bau

Wir setzen SP-Politik in die Praxis um:

- Energie-Effizienz
- Erneuerbare Energien
- 2000-Watt-Gesellschaft

Kalkbreitestrasse 12, 8003 Zürich
www.edelmann-energie.ch

links, ökologisch
und auch im Kreis 3
zu Hause



INKAD RUCK AG ZENTRALSTRASSE 156
CH-8003 ZÜRICH WWW.INKA.CH

Volksabstimmung

JA ZUR ENERGIESTRATEGIE 2050

Einheimische, erneuerbare Energien nutzen ist besser als Milliarden Franken für Energie-Importe verschwenden, sagt die Ja-Kampagne. Die Vorlage, über die wir am 21. Mai 2017 abstimmen, ist ein pragmatischer Kompromiss. Für unsere Mitglieder war an der MV vom 4. April jedoch klar, dass es sich dabei nur um einen ersten, behutsamen Schritt handelt.

Text: Regula Baggenstos/Samuel Schweizer

Am 4. April fand eine Mitgliederversammlung zur Volksabstimmung über die Energiestrategie 2050 handelt. Regula Baggenstos von der dazugehörigen Kampagne stellte die Vorlage und die Kampagne vor. Der nachfolgende Text entspricht der Argumentation der Kampagne:

Grundzüge der Vorlage

Die Energiestrategie besteht grundsätzlich aus den drei Bereichen:

1. Massnahmen für mehr Energieeffizienz bei Gebäuden, Industrie, Geräten und Mobilität
2. Befristete Massnahmen zum Ausbau der erneuerbaren Energien für eine einheimische, zuverlässige, erneuerbare und bezahlbare Energieversorgung
3. Keine neuen Bewilligungen für AKWs

Energieeffizienz

Die Energiestrategie setzt Ziele und Anreize für mehr Energieeffizienz, die ganz im Interesse der Wirtschaft und eines rohstoffarmen Landes liegt. Damit der Gebäudepark schneller energetisch saniert werden kann, sollen als Anreiz für Investitionen künftig Rückbaukosten für Ersatzneubauten steuerlich gefördert werden. Davon profitieren die Immobilienbesitzer, die Umwelt und das lokale Gewerbe. Für einen effizienteren und saubereren motorisierten Verkehr werden Autoimporteure verpflichtet, die CO₂-Emissionen von neuen Personewagen in den nächsten 5 Jahren auf durchschnittlich 95 g CO₂/km reduzieren. Die Ausführung der Vorgaben wird dabei der Wirtschaft überlassen.

Erneuerbare Energien

Die Energiestrategie stärkt mit einer zeitlich limitierten und marktnahen Förderung erneuerbare Energieanlagen. Die Stromproduzenten müssen ihren Strom selber vermarkten und erhalten eine Prämie, die sich an den Gestehungskosten abzüglich des Marktpreises orientiert. Die Prämie für erneuerbare, einheimische Energieanlagen wird aus dem Netzzuschlag gespeist, der um max. 0.8 Rp./kWh erhöht werden kann. So kann endlich ein Teil der momentan rund 40'000

Projekte auf der Warteliste für die kostendeckende Einspeisevergütung (KEV) realisiert werden. Die erwartete Produktion dieser Projekte von über 6 TWh Strom pro Jahr ist grösser als die Jahresproduktion der beiden AKW Beznau I und Beznau II.

Finanzierung

Die Energiestrategie gibt dem Schweizer Gewerbe Arbeit statt weiterhin 10 Milliarden pro Jahr für Energie-Importe zu verschwenden. Die Schweizer Wasserkraft generiert 100% der Wertschöpfung im Inland. Gleiches gilt für Biogas, Solar- und Erdwärme, Holz und Windkraft. Auch bei der Photovoltaik bleibt die Wertschöpfung mehrheitlich in der Schweiz. Planung, Installation und Wartung der Anlagen wird von Schweizer Firmen ausgeführt. Zudem sind Solarpanels aus Schweizer Produktion auf dem Markt.

Diskussion an der Mitgliederversammlung

Die Kampagne für das anstehende Referendum stiess bei unseren Mitgliedern nicht nur auf Gegenliebe. Kritisiert wurde insbesondere, dass die Kampagne stark auf das Argument setzt, dass die Energiestrategie eigentlich einheimische Wirtschaftsförderung sei. Auch die Idee, Energieautarkie als Land anzustreben, wurde skeptisch gesehen und als falscher Energiepatriotismus beurteilt. Es strebe ja auch niemand Autarkie bei der industriellen Güterproduktion an. Dagegen wurde eine dezentralere und lokale Energieproduktion als sinnvoll betrachtet. Auf Zustimmung stiess hingegen die Grundannahme, dass die Linke ohnehin ein Ja einlegen werde und folglich die Mitte überzeugt werden müsse.

Wie die Energiestrategie insgesamt zu würdigen sei, war umstritten. Einerseits bemerkten einige Mitglieder, dass es angesichts der Mehrheitsverhältnisse im Parlament erstaunlich sei, dass die Vorlage nach den Wahlen nicht abgestürzt sei. Andererseits wurde bemängelt, dass die Vorlage viel zu wenig weit gehe und, um wirklich wirksam zu sein, wesentlich einschneidendere Massnahmen hätte vorsehen müssen. Es könnte sogar der Eindruck entstehen, dass die Probleme nun bis 2050 gelöst seien. Dies sei jedoch mitnichten der Fall. ◀◀

Justiz

JUSTITIA BEI WIND UND REGEN

Dass sich die Urteile des Supreme Court der USA aufgrund der starken internationalen Stellung des Landes früher oder später auch auf die eine oder andere Art und Weise in der Rechtsprechung und Gesetzgebung anderer Länder niederschlagen könnte, versteht sich von selbst. Daher ist es – auch wenn wir erstmal nicht viel tun können – selbst für die Schweiz durchaus beunruhigend, wenn eine menschengewordene und zusätzlich sexistische und ausländerfeindliche Version von Donald Duck mit den Initialen D.T. plötzlich am Machthebel einer, wenn nicht sogar der Weltmacht angelangt ist. Über mindestens die nächsten vier Jahre hinweg ist daher luftanhalten angesagt. **Text: Matyas Sagi Kiss**

Wenn wir derzeit an die politischen Verhältnisse in den USA denken, dann fällt uns vor allem ein Name ein, der nicht nur politisch links angesiedelten Seelen einen kalten Schauer über den Rücken fahren lässt. Als sässen wir in einem Raum mit Durchzug ohne die Möglichkeit sich einen Windstillen Platz zu suchen. Dieser Name lautet, Achtung jetzt kommt's liebe GenossInnen – Augen zukneifen ist angesagt – Donald Trump. In seinen Twitter-Beiträgen und Medienkonferenzen, die - um es gelinde auszudrücken - unterirdisch sind, verunglimpft er Frauen, jede denkbare Minderheit, den gesamten Justizapparat und natürlich die «ach so bösen» Medien!

Trump hat insbesondere im Zusammenhang mit einer seiner ersten Amtshandlungen, dem Erlass des pauschalen Einreiseverbots für Personen aus Libyen, Syrien, Somalia, Sudan, Irak, Iran, Jemen und Jemen, für Furore gesorgt. Mehrere US-Bundesstaaten darunter Hawaii, Pennsylvania und Washington gaben daraufhin bekannt, rechtliche Schritte gegen das verhängte Einreiseverbot zu prüfen. Von landesweiten Protesten unter anderem in der Google-Heimat Silicon Valley ganz zu schweigen. Diesen Rechtsstreit hat Trump in der Zwischenzeit längst verloren und eine zweite präsidentiale Order – wenn auch anders formuliert – mit dem gleichen Zweck erlassen. Und, oh Wunder,

auch dieser Erlass weckt zurecht den Widerstand und ist derzeit «auf Reisen durch Gerichtsinstanzen».

Was Trump & Co sonst noch alles im Schilde führen, sorgt bei so manch Beobachtenden für Stirnrünzeln. Zählt man sich in den USA zu den Liberalen, so bestehen realistische Chancen, dass aus diesen Stirnrünzeln permanente Krater entstehen, deren Stimulation noch lange nach Trumps Amtszeit immer wieder aufs Neue ausgelöst wird. Warum?

Die Konservative Welle könnte auch Justitia erfassen

Die USA kennen wie wir die Gewaltenteilung: Es gibt die gesetzgebende Gewalt – bestehend aus Repräsentantenhaus und Senat (Legislative), die regierende Gewalt, den Präsidenten bzw. hoffentlich bald einmal auch eine Präsidentin (Exekutive) und die Gerichte (Judikative) mit dem Supreme Court an der Spitze. Die RichterInnen an sämtlichen Gerichten auf Bundesebene und somit natürlich auch für den Supreme Court werden



Ruth Bader Ginsburg

durch den/die PräsidentIn nominiert und zwingend den Senat im Amt bestätigt.

Man könnte also auf die Idee kommen, dass dann ja gewissermassen nichts schiefgehen kann. Aber nein, so ist es leider doch nicht, denn die Republikaner stellen Mehrheit im Senat und Repräsentantenhaus und haben, wenn alles nach ihrem Plan läuft, bald auch auf Jahrzehnte hinaus, eine Mehrheit an konservativen Richtern am obersten Gerichtshof, dem Supreme Court. Dieser hat wesentlich mehr Kompetenzen als unser Bundesgericht, denn er erklärt u. a. Bundesgesetze und auch sogenannte präsidiale Order für nichtig, wenn er zum Schluss gelangt das diese verfassungswidrig sind. Dagegen können unsere Bundesrichter zwar feststellen, dass ein Bundesgesetz verfassungswidrig ist, jedoch nicht gegen dessen Anwendung unternehmen.

Seit Februar 2016 herrscht an eben diesem Supreme Court der Ausnahmezustand. Er besteht nämlich seit dem Tod des konservativen Richters Antonin Scalia, der im Alter von 79 Jahren verstarb, nur aus 8 anstatt aus 9 RichternInnen. Das Gericht ist daher nicht zu selten in einer Patt-Situation, was schlicht dazu führt, dass das Urteil der Vorinstanz bestehen bleibt, ohne das diesem vorinstanzlichen Urteil das Gewicht eines Grundsatzurteils zukäme. Dies selbst dann, wenn der betreffende Fall für ein Grundsatzurteil prädestiniert wäre.

Obama versuchte vergeblich, einen Richter in den vakanten Sitz zu befördern. Leider war die republikanische Mehrheit im Parlament bereits zu dieser Zeit derart radikalisiert, dass man den betreffenden Kandidaten, einen durch und durch renommierten Juristen mit jahrelanger Erfahrung als Richter, noch nicht einmal anhörte. Trump wird nun also diesen vakanten Richtersitz am Supreme Court füllen können. Das Gericht wird daher tendenziell wohl ebenso konservativ bleiben, wie es das vor dem Ableben von Richter Scalia bereits war.

Insofern könnte man sagen – hat sich durch Trumps Amtsübernahme zumindest bis jetzt nicht viel am Gesicht des Justizapparates geändert. Doch daraus sollten man nicht allzu vorschnell Schlüsse für die Zukunft, denn der Supreme Court zählt noch einige ältere Mitglieder, die theoretisch jederzeit zurücktreten könnten – um Schlimmeres an dieser Stelle nicht zu erwähnen.

Ruth Bader Ginsburg, long may she judge!

In diesem Zusammenhang blicken die amerikanischen Linken, die sich meist unter dem Begriff Liberale einordnen, auf eine legendäre, inzwischen 84-jährige Richterin namens Ruth Bader Ginsburg. Sie gilt als Ikone der Frauenrechtsbewegung in den USA und war jahrelang ehrenamtliche Rechtsberaterin der Amerikanischen Bürgerrechtsvereinigung ACLU. Bei jeder Gelegenheit, die sie als Richterin erhält, stellt sie sich schützend vor Frauen, die GLBT-Community, Menschen mit Behinderung und noch vielen mehr. Als sie im Vorfeld der Präsidentschaftswahl 2016 gefragt wurde, was wohl passieren werde, wenn Trump gewählt würde, sagte sie: «das möchte ich mir nicht einmal ausmalen.»

Das Prädikat Galionsfigur ist im Falle von Ruth Bader Ginsburg oder «The Notorious RBG» wie sie gelegentlich auch genannt wird, keinesfalls eine Übertreibung. Inzwischen gibt es nebst Fan T-Shirts und einem eigens zu ihren Ehren geschaffenen Musical sogar Sketches in der berühmten Comedy Saturday Night Life Show, in denen sie als Hauptprotagonistin verkörpert wird. Da die Minderheit liberaler RichterInnen am Supreme Court im Falle eines Rücktritts oder Ablebens von Ruth Bader Ginsburg auf drei von neun RichternInnen reduziert würde und die konservative Mehrheit wohl über Jahrzehnte unumstösslich wäre – denn Richter auf Bundesebene sind in den USA ausnahmslos auf Lebzeiten gewählt – gilt unter Linken in der USA – das Motto: «Ruth Bader Ginsburg RBG, long may she judge!»

Geburtstage

[WIR GRATULIEREN]

» Alfred Bartholet

am 15. Mai zum 80. Geburtstag

» Ueli Müller

am 15. Mai zum 80. Geburtstag

» Elsbeth Siebenhaar

am 17. Mai zum 86. Geburtstag

» Margrit Läderach-Eichenberger

am 29. Mai zum 84. Geburtstag

» Kuno Meister

am 16. Juni zum
89. Geburtstag

Herzlichen Glückwunsch!

Impressum

[NR. 490]

Herausgeberin »

Sozialdemokratische Partei
Zürich 3, Postfach,
8036 Zürich, info@sp3.ch,
www.sp3.ch

Redaktion »

Infogruppe SP3,
Rebekka Plüss, Laura Fuchs,
Roland Schaller, Samuel
Schweizer, Simon Bock,
Matyas Sagi-Kiss

Gestaltung »

BMquadrat.ch,
Michael Müller und Berit Bisig

Jahrgang Info:3 »

47. Jahrgang

Auflage » 475 Exemplare

Druck » Inka Druck AG,
Zürich, www.inka.ch

Aus der Schulpflege

ENGAGEMENT FÜR DIE KINDER

Ich bin nun seit 13 Jahren Mitglied der Kreisschulpflege Limmattal. In dieser Zeit erlebte ich unzählige Reorganisationen und Umstrukturierungen. Das Amt als Schulpflegerin bereitet mir aber immer noch viel Freude. **Text: Maria Röthlisberger**



Als Besucherin gerne gesehen: Maria Röthlisberger vor «ihrem» Schulhaus Ämtler.

In den vergangenen 13 Jahren ist schulpolitisch enorm viel passiert: Von vormals 50 Mitgliedern wurde die Schulbehörde auf heute noch 25 Mitglieder je Schulkreis reduziert. Neue Aufgaben kamen dazu, alte wurden abgebaut oder umbenannt. Auch die Schulen wurden laufend mit neuen Vorgaben, Aufgaben und Reformen konfrontiert. Ich erlebte die Anfänge der geleiteten Schulen, den langjährigen Pilotversuch Grundstufe und dann das entsprechende Nein in der Volksabstimmung, die Einführung der integrativen Förderung und so vieles mehr. Grosse Neuerungen stehen jetzt an oder befinden sich in der Umsetzung: Die Einführung des Lehrplan 21, der neuer Berufsauftrag für Lehrpersonen und die Pilotprojekte der Tagesschule.

Meine Motivation für das Engagement waren stets die Kinder. Ich habe und werde immer daran glauben, dass es eine grosse Aufgabe der Gesellschaft ist, in die Bildung unserer Kinder zu

investieren. Kein Preis sollte zu hoch, keine Mühe zu gross sein für die Zukunft unserer Nachkommen.

Lehrpersonen leisten viel

Wo aber sind die Kinder im ganzen Reorganisationstrubel? Ich habe in all den Jahren sicher hunderte Lehrpersonen besucht, viele von ihnen hegten einen gewissen Unmut über fehlende Konstanz, aber in den Klassenzimmern galt immer nur eines: das Wohl der Kinder und Jugendlichen. Manchmal erweckte es den Eindruck, als stünden die Lehrpersonen wie Felsen in der Brandung schützend vor ihren Zöglingen.

Es gibt wohl keinen Beruf, in dem mehr Integrationsarbeit geleistet wird als im Lehrberuf. Bei weitem ist es nicht nur das Lesen und das Schreiben. Gerade im Schulkreis Limmattal und vor allem im Kindergarten und in den Unter- und Mittelstufen wird meines Erachtens Grosses geleistet – in und auch neben

den Schullektionen. Ich habe grosse Achtung vor all den vielen Lehrpersonen die mehr als nur Schulstoff vermitteln.

Schule und Politik

Neuerungen stehen auch bei der Zuständigkeit der Kreisschulpflege an. Die Frage, ob dieses Amt wegrationalisiert wird, steht schon länger im Raum. Ist das richtig? Früher waren die Klassenzimmer das «Hoheitsgebiet» der jeweiligen Lehrperson. Die Schulzimmer sind heute offener geworden, die Schulen transparent und die Strukturen professionalisiert. Dennoch: Die Öffentlichkeit sollte immer eine Aufsicht über die öffentlichen Schulen beibehalten. In welcher Form das geschehen soll, darüber lässt sich sicher diskutieren.

Momentan sind drei Mitglieder der SP 3 in der Schulpflege des Schulkreises Limmattal vertreten. Durch unsere gemein-

samen Interessen an der Schulentwicklung und auch durch unsere Freundschaft wurde die AG Schule wieder zu neuem Leben erweckt. Wir beschäftigten uns mit aktuellen Themen wie dem Lehrplan 21 und dem neuen Berufsauftrag für Lehrpersonen. Weitere Themen und Aktivitäten sind geplant, interessierte Mitglieder herzlich willkommen.

Ich bin froh, dass mir die SP3 vor vielen Jahren die Möglichkeit gab, mich für das Amt zu bewerben. Der Aufwand ist aber nicht zu unterschätzen. Dabei bleiben heisst, dass man sich immer wieder neu mit der Schulentwicklung auseinandersetzen muss. Flexibilität ist gefragt, damit man sich den Lehrpersonen und ihren Stundenplänen anpassen kann. Abend-sitzungen, Protokolle schreiben und ausformulierte Rückmeldungen an Sitzungen gehören dazu. Das Amt als Mitglied der Schulpflege hat mich sehr bereichert. «

Volksabstimmung

NUR EINE FREMDSPRACHE AN DER PRIMARSCHULE? BIEN AU CONTRAIRE - MULTILINGUALISM MUST BE PRESERVED AND PROMOTED!

Am 21. Mai stimmen wir über die Initiative «Nur eine Fremdsprache an der Primarschule» ab. Die Initiant/innen glauben, dass allen gedient wäre, wenn auf der Primarstufe nur eine Sprache unterrichtet und die zweite Fremdsprache dafür auf der Oberstufe angemessenen Raum bekommen würde. Wir hingegen sind überzeugt, dass dies zu einem Qualitätsabbau führen würde und sagen daher «Nein». **Text: Jacqueline Peter**

Seit 11 Jahren lernen die Kinder im Kanton Zürich in der Primarschule zunächst Englisch und später Französisch. Der Unterricht führt nicht dazu, dass die Kinder beim Übertritt in die Sekundarstufe diese beiden Sprachen fließend beherrschen. Aber er erlaubt es den Kindern, mit beiden Sprachen früh Bekanntschaft zu machen. Das ist sinnvoll so und lässt sich sowohl pädagogisch als auch politisch begründen:

- Die Primarstufe eignet sich besonders für das Erlernen für Fremdsprachen, weil Kinder vor der Pubertät motiviert und unbeschwert auf Neues zugehen. Zudem zeigen Forschungen, dass Kinder in diesem Alter die Aussprache und Intonation einer Sprache leichter lernen.

- In der viersprachigen Schweiz ist Mehrsprachigkeit ein essentieller Faktor für das gegenseitige Verständnis, sprachlich wie kulturell. Der Fremdsprachenunterricht auf der Primarstufe wird nicht abschliessend zur Mehrsprachigkeit führen, aber er sensibilisiert und zwar idealerweise wie bisher sowohl für das allgegenwärtige Englisch also auch für das in der Schweiz wichtige Französisch und die jeweilige Kultur.

- Die Stimmberechtigten im Kanton Zürich haben sich im November 2008 für HarmoS ausgesprochen und damit den Entscheid «zwei Fremdsprachen auf der Primarschule» bekräftigt.

Für «mehr Qualität an der Primarschule»

wäre das Verschieben einer Fremdsprache in die Sekundarschule der falsche Weg. Mehr Qualität ist aber trotzdem möglich, geplante Änderungen zeigen dies bereits: Ab 2018 wird Englisch nicht mehr in der zweiten, sondern ein Jahr später, also in der dritten Klasse, eingeführt. Statt wie bisher zwei Lektionen pro Woche sind neu sowohl fürs Englisch als auch fürs Französisch zu Beginn deren drei vorgesehen.

Wir sagen Nein zur Initiative: Nicht nur in der Schweiz, auch global, sind Fremdsprachenkenntnisse mehr denn je eine Kernkompetenz. Der Englisch- und Französischunterricht auf der Primarschule ist ein Beitrag für die Zukunft unserer Gesellschaft. «

.....
 ABSTIMMUNGEN VOM 21. MAI 2017

[BUND]

JA zur Energiestrategie

[KANTON ZÜRICH]

NEIN zum Gesetz über die Kantonsspital Winterthur AG

NEIN zum Gesetz über die Integrierte Psychiatrie Winterthur AG

NEIN zur Fremdspracheninitiative

[STADT ZÜRICH]

NEIN zum Tanzhaus

JA zur Grünstadtinitiative

Ja zum Wohnbaukredit»

.....

Agenda

[MAI]

Sa, 6. Mai 2017, 10 - 16 Uhr

Standaktion zu den Abstimmungen

Albisriederplatz, Schmiede Wiedikon,
Schweighof

Sa, 13. Mai 2017, 10-16 Uhr

Standaktion zu den Abstimmungen

Strassencafé Schmiede Wiedikon

So, 21. Mai 2017

Abstimmungssonntag

[JUNI]

Do, 8. Juni 2017, 19.30 Uhr

Nominations-Mitgliederversammlung Gemeinderat

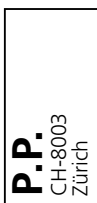
Gemeinschaftsraum FGZ-Grünmatt

[JULI]

Fr, 7. Juli 2017, ab 18 Uhr

Grillfest SP 3

Popcorn-Treff Fritschiwiese



A-PRIORITY

